



BETRIEBS- KURIER

FREIHEITLICHE ARBEITNEHMER ÖÖ



Foto: FPÖ, pixabay

BP-Wahl:

**Arbeiter für
FPÖ**

Seite 2

Asyl:

**Mindestsicherung für
Asylberechtigte gekürzt**

Seite 4

Arbeiterkammer:

**Das sagen die
Genossen nicht...**

Seite 6



Arbeiter vertrauen den Freiheitlichen

Vorweg möchte ich mich bei allen herzlichst bedanken, die unseren Norbert Hofer bei der Bundespräsidentenwahl mit ihrer Stimme unterstützt haben.

DIE ZEICHEN STEHEN AUF BLAU! Das ist das Resümee dieser Wahl. Bereits im ersten Wahlgang setzten die Österreicher ein deutliches Lebenszeichen mit 35% für Hofer, das von Medien als politisches Erdbeben oder gar als Ende der zweiten Republik bezeichnet wurde. Bemerkenswert war das Debakel der Kandidaten der Regierungsparteien, die zusammen gerade einmal auf 22% kamen. In Vorarlberg hatte der SPÖ

Kandidat Hunstorfer sogar ein Kellerderby mit Lugner und konnte sich mit 4,2% gerade noch gegen „Mörtl“, der 2,1% erzielte, durchsetzen. Der selbsternannte unabhängige Kandidat Van der Bellen, der im Wahlkampf von den Grünen in sämtlichen Bereichen unterstützt wurde, schaffte es vor Irmgard Griss knapp in die Stichwahl.

Der Wahlkampf vor der Stichwahl hatte mit Fairness wenig bis gar nichts mehr am Hut. Ein Schulterchluss vom in- und ausländischen politischen Establishment, gescheiterten Politikern, der linken Künstlerschickeria und ORF schoss sich auf Norbert Hofer ein und konnte die Stichwahl auf den ersten Blick irgendwie zu ihren Gunsten „drehen“.

Nach und nach tauchten bundesweit Ungereimtheiten in sämtlichen Bereichen der Briefwahl auf. So ist es nun die demokratische Pflicht der FPÖ diese Missstände untersuchen zu lassen, was auch Verfassungsexperten bestätigten. Fakt ist auch, unabhängig vom Ausgang der Wahlanfechtung, 86 % der Arbeitnehmer haben sich für Norbert Hofer ausgesprochen und kein Wähler wird vergessen, was bei dieser Wahl an Fehlern passiert ist. Wir Freiheitliche haben eine Koalition mit den Österreichern und werden weiterhin gemeinsam mit und für euch gegen dieses System arbeiten.

Glück Auf
Euer Zentralbetriebsrat
Gerhard Knoll

Wahlverhalten nach Erwerbsstatus

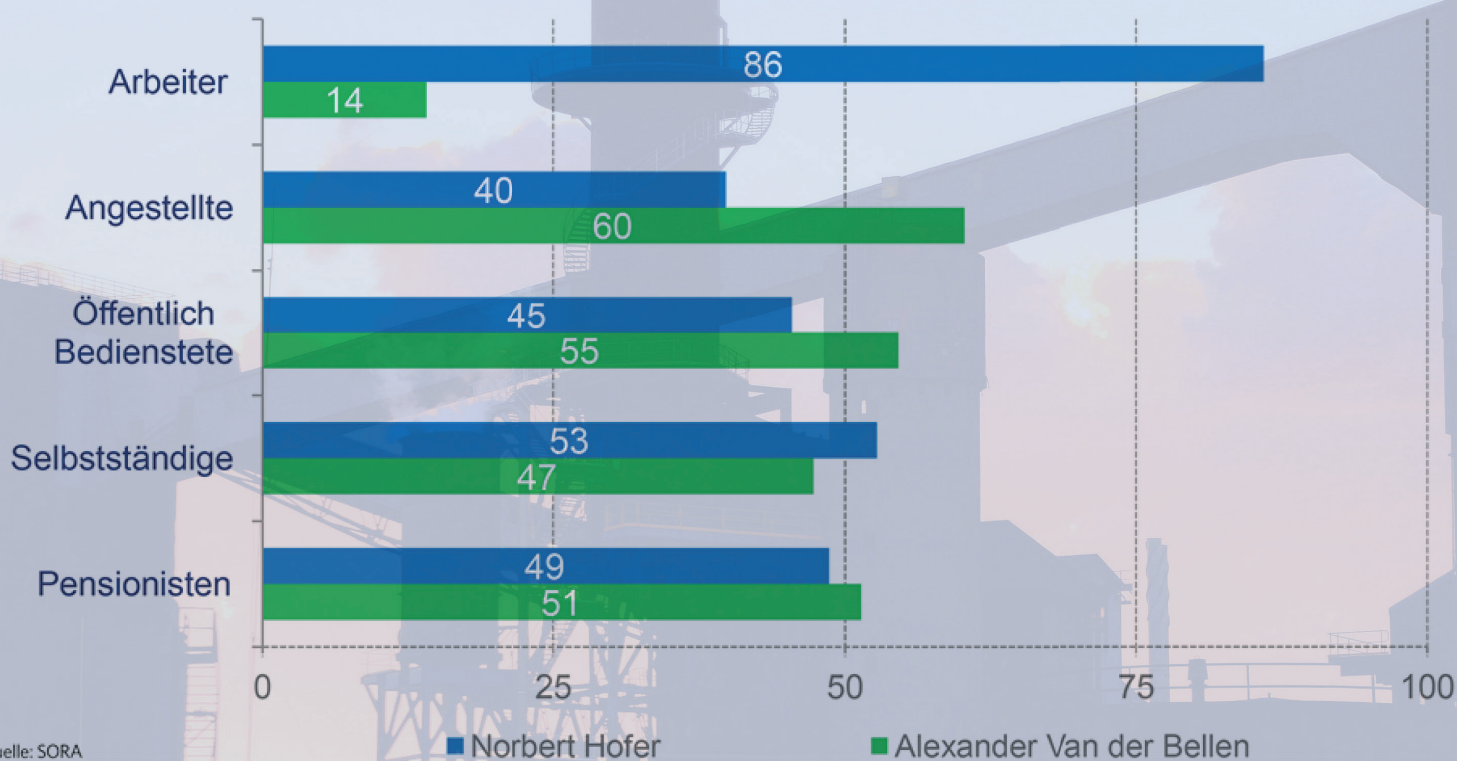




Foto: FPÖ, Flickr, Zoltan Toth (CC BY-NC 2.0)

Landesrat Günther Steinkellner

VOEST als Profiteur des Öffentlichen Verkehrs

Die Voestalpine ist eines der bedeutendsten Unternehmen Österreichs und einer der wichtigsten Arbeitgeber in Oberösterreich. Seit Jahrzehnten unterstützt das Land daher die Arbeitnehmer auf ihrem Weg in und von der Arbeit. Das geschieht durch die Kraftfahrlineenverkehre, die auf das Betriebsgelände geführt werden. Es handelt sich hierbei nicht bloß um einzelne Busse, sondern um ein regelrecht eigenes Verkehrssystem, für das unsere Steuerzahler aufkommen und das ich kurz darlegen möchte.

Es gilt prinzipiell zwischen Tagschicht- und Wechselschichtbussen zu unterscheiden. Der Oberösterreichische Verkehrsverbund führt derzeit 22 Tagschichtlinien aus den Regionen – überwiegend aus dem Mühlviertel und dem Bezirk Grieskirchen/Eferding – zur Voestalpine. Tagschicht bedeutet, dass von Montag bis Freitag ein Kurs aus der Region mit Ankunft um ca. 6:15 in der Voestalpine fährt. Von Montag bis Donnerstag startet die Rückfahrt aus dem Betriebsgelände gegen 16:00 und freitags etwa um 12:30. Zusätzlich führt der Verkehrsverbund derzeit 19

Wechselschichtlinien aus denselben Regionen zur VOEST. Wechselschicht bedeutet dabei, dass täglich im 8-Stunden-Takt aus der Region zur Voestalpine und ebenso im 8-Stunden-takt auf den gleichen Linien wieder zurück in die Regionen gefahren wird.

3,3 Millionen km

16 Verkehrsunternehmen erbringen für den Verkehrsverbund auf diesen Strecken eine Jahreskilometerleistung von rund 3,3 Millionen Kilometern. Im Jahr 2015 haben diese Verkehrsleistungen Kosten in der Höhe von 7,8 Millionen

Euro verursacht, die vom Land Oberösterreich und damit durch die Steuerleistungen unserer Bürger getragen wird.

Aufgrund der ab Sommer 2013 angestrebten Strategie der Voestalpine, die regionalen Busverkehre beim Werkszaun kappen zu wollen – Projekt Werkszaun, erfolgte die Planung des Landes, die Verkehre sukzessive beim Sozialgebäude 36 enden zu lassen. Damals teilte die Voestalpine sogar mit, außerhalb des Werkszauns einen neuen Busterminal errichten zu wollen und die interne Verteilung im Werksgelände selbst in die Hand zu nehmen. Diese Pläne sind allerdings wieder eingeschlafen. Die Weiterverteilung innerhalb des Betriebsgeländes erfolgt mit Shuttlebussen. Seitens des Landes ist es notwendig, dass die Tagschichtbusse morgens wieder rasch die VOEST verlassen, da sie dringend für den Schulverkehr in der morgend-

lichen Hauptverkehrszeit gebraucht werden und vor Verkehrsbehinderungen auf der Steyreggerbrücke eintreten, diese wieder überquert haben müssen.

Pendler gefördert

Gerüchte, dass die Verbindungen in die Voestalpine absichtlich verschlechtert werden sollen, entsprechen nicht der Wahrheit. Festzuhalten ist, dass der Verkehrsverbund und damit auch das Land Oberösterreich den Pendlerverkehr zugunsten der Arbeitnehmer in besonderem Ausmaß fördern. Andere Unternehmen in vergleichbaren Situationen beteiligen sich übrigens in erheblichem Ausmaß an den Kosten für derartige Verkehrsleistungen. Der Vorbildcharakter eines leistungsstarken Unternehmens wie der VOEST, sollte sich in Zukunft auch bei seinem Engagement im Pendlerverkehr seiner Mitarbeiter widerspiegeln.

Umgesetzt: Oberösterreich Mindestsicherung für Asyl

Der oberösterreichische Landtag hat heute die Kürzung der Mindestsicherung für Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte beschlossen. Künftig gibt es nur mehr 365 Euro statt wie bisher 914 Euro. Dazu kommt ein an Auflagen gebundener Integrationsbonus von 155 Euro. Zusätzliche Leistungen gibt es bei Kindern. Mit der Deckelung der Mindestsicherung sollen die Kosten bis 2019 um 70 Millionen gesenkt werden.

FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr betont, dass das System ohne Kürzungen nicht mehr finanzierbar sei: „Wir sind verpflichtet, jetzt Maßnahmen zu setzen, damit wir uns auch in Zukunft dieses System leisten können. Wenn ich bedenke, dass Niederösterreich, das Burgenland und Salzburg mit Stimmen von SPÖ und

Grünen 365 Euro beschlossen haben und wir in Oberösterreich 520 Euro, dann ist das überhaupt keine soziale Kälte. Außerdem gibt es eine Reihe von Oberösterreichern, die diese Beträge nicht haben.“

Wer in Oberösterreich die Mindestsicherung in voller Höhe erhalten möchte, muss künftig Wertekurse besu-

chen, Sprachschulungen absolvieren und bereit sein, arbeiten zu gehen. Wer das nicht einhält, dem wird die Mindestsicherung gekürzt.

Haimbuchner: „Asylwerber suchen Land mit besten Leistungen“

FPÖ-Landesparteiobmann und Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner verteidigt die beschlossene Anpassung: „Immer mehr Menschen beantragen in Österreich Asyl. Das fordert zunehmend unsere sozialen Netze.“ Daher sei es nötig, bei den steigenden Kosten



bei der Mindestsicherung gegenzusteuern, „da das System sonst unleistbar wird“. Asylwerber würden sich derzeit das Land mit den höchsten Sozialleistun-

Gesundheit am Arbeitsplatz

Bei meinen Anlagenrundgängen wurde ich in letzter Zeit vermehrt auf die schlechten Zustände der Sitzgelegenheiten in Steuerständen aufmerksam



gemacht. Ich verschaffte mir selbst ein Bild und stellte teilweise unannehmbare Zustände fest. Warum zuständige Abteilungsbetriebsräte sich um solche Dinge nicht kümmern ist mir schleierhaft. Vor allem schilderten die Mitarbeiter vor Ort, dass dies zwar schon mehrmals angesprochen wurde, jedoch vom Abteilungsbetriebsrat der Schubbeize nichts unternommen wurde. Da eine angemessene Sitzgelegenheit für unterschiedliche Körpergrößen rein aus gesundheitlichen Gründen ein MUSS ist, hab ich das unverzüglich in die Wege ge-

leitet. Letztlich wurden neue Sessel dann auch rasch umgesetzt. Solche Dinge sollten sich in einem Unternehmen wie der voestalpine allerdings von selbst richten, ansonsten ist man „keinen Schritt voraus.“



BR Martin Fürst

Fotos: FA OÖ

Wahlanf Angeste

Und täglich grüßt das Murmeltier. Erneut geht es um Unregelmäßigkeiten bei einer Wahl und wieder einmal heißt der Tatort VOEST und natürlich geht es um Wahlrituale der FSG-Betriebsräte.

Angefochten wird die Wahl vom bisherigen ÖAAB-Betriebsrat. Beim Stimmenaushändigen war es oftmals so, dass sich in vielen Kuverts zwei Stimmzettel befanden. Ein komplett leerer, der im Wahllokal ausgehändigt wurde. Zusätzlich aber noch ein weiterer, wo die Vorzugsstimme eines FSG-Betriebsrat stand. Freilich wertete der FSG-dominierte Wahlvorstand dies jeweils als FSG-Stimme. Mittlerweile ist bekannt, wie

ich kürzt ylberechtigte



Foto: reporter.co.at (Montage)

wo Asylanten-Familien aus Steyr und Wien bis zu 6.000 Euro monatlich vom Staat als Sozialleistungen bezogen haben.

Auch der Landesobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer, AKR Gerhard Knoll begrüßt die Kürzung der Mindestsicherung für Asylberechtigte: „Diese Personen haben noch nie in unser Sozialsystem eingezahlt und haben trotzdem 914€ Mindestsicherung erhalten, während zahlreiche Pensionisten, die jahrzehntelang eingezahlt haben, mit 900€ Pension abgespeist werden. Diese Ungerechtigkeit wurde nun bereinigt.“

gen aussuchen. Er möchte „wieder Vernunft und Gerechtigkeit in das Sozialsystem bringen“ und verweist auf zwei Fälle in jüngster Vergangenheit,

ufechtung der elten BR-Wahl



Foto: Pixabay

es überhaupt dazu kommen konnte, dass in unzähligen Kuverts zwei Stimmzettel sein konnten. Die Vertreter der FSG verteilten im Vorfeld der Wahl in ihren Abteilungen diese ominösen Stimmzettel. Manche Angestellte machten sich vermutlich einen Spaß oder wollten dieses demokratiefeindliche rote System aufdecken und warfen zwei Stimmzettel ins Kuvert. So ist dieses zu tiefst ablehnende Wahlritual

der Genossen aufgefliegen und mittlerweile beim Arbeitsgericht anhängig. Dieses Beispiel wirft die Frage auf, ob die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter möglicherweise glaubt Demokratie nicht praktizieren zu müssen, da sie dieses Wort eh in ihrem Fraktionsnamen stehen haben. Man sieht, dass der FSG nichts zu blöd ist und auch jedes Mittel recht ist, um irgendwie an der Macht zu bleiben.

Leasingübernahmen: FSG-Versprechen halten doch nicht

Ein Jahr ist nun seit der letzten BR-Wahl vergangen und besonders in den Feuerverzinkungsanlagen wird der Unterschied zwischen billiger Wahlpropaganda und der Realität im Arbeitsleben sichtbar.

Der FSG-Kandidat und jetzige Abteilungsleiter versprach Leasingübernahmen und behauptete, dass Übernahmen überhaupt kein Problem seien, man müsse nur dahinter sein. Da dieses Flexible 4-Schichtmodell von einem 20 Prozent Leasinganteil lebt, sind Übernahmen nach den geplanten 18 Monaten nicht immer sofort möglich. In so einer Situation bedarf es etwas an Fingerspitzengefühl vom Betriebsrat, um eine annehmbare Lösung für alle Beteiligten zu finden. Dass der frischgefangene Betriebsrat weder über Fingerspitzengefühl noch das nötige Fachwissen verfügt, mussten einige Leiharbeiter auf schmerzhafteste Weise erfahren. Er und seine Genossen beharrten darauf, dass nach 18 Monaten eine Entscheidung getroffen werden muss. In seiner Kurzsichtigkeit ging er automatisch von einer Übernahme ins Stammpersonal aus. Die von BR Krieger geforderte Entscheidung ist schließlich schon passiert, nur war diese Entscheidung in häufigen Fällen eine Kündigung des an-

gelernten Leihpersonals anstatt der versprochenen Übernahme. Für die betroffenen Mitarbeiter, hinter denen auch Familien stehen, ist dies natürlich eine Tragödie. Danach wird vom Unternehmen neues Leasingpersonal aufgenommen, um sich wieder Zeit und Luft zu verschaffen. Auch für das Stammpersonal ist dies ein mühsames Unterfangen, wenn fertig angeleitete Mitarbeiter und Arbeitskollegen ganz plötzlich durch neues Personal, das neu angeleitet werden muss, ersetzt werden. Natürlich muss man an dieser Stelle sagen, dass die Mitarbeiter selbst Schuld sind, immerhin haben sie die FSG und somit ihren Abteilungskandidaten mit 68% gewählt.

Mittlerweile ist der Lack ab und ein Großteil der Mitarbeiter in der Feuerverzinkung sieht das Projekt „Freddy Krüger“ als gescheitert. An dieser Stelle ist darauf zu verweisen, dass man ihn erst in drei Jahren in Form einer demokratischen Abwahl sozusagen „weerversetzen“ kann. Außer er zieht selbst die Konsequenzen aus seiner folgenschweren Tollpatschigkeit?



BR Joachim Höfler

Foto: FA OÖ



Foto: FA ÖÖ

Kontroverse AK-Vollversammlung

Die Freiheitlichen Arbeitnehmer brachten in der AK-Vollversammlung im Mai vier wichtige Resolutionen (siehe Grafik unten) ein. Die Allianz aus FSG, ÖAAB, AUGÉ (Grüne), GLB (Kommunisten) und der Türkenliste 'Liste Perspektive' nahm weder die Forderung nach einer Absicherung des Bargeldes noch die Beibehaltung von Schulnoten an.

Besonders hitzig wurde die Debatte als AK-Vorstand Gerhard Knoll die Forderung nach einer Kürzung der Mindestsicherung für Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte erläuterte. Seit 2011 hat sich die Anzahl der Mindestsicherungsbezieher verdoppelt. Bekannte Ökonomen sprechen mittlerweile Klartext und bestätigen die FPÖ-Sicht, dass Sozialstaaten nicht kompatibel mit Massenwanderungen sind. Knoll forderte, auf solche Entwicklungen zu reagieren und die Rahmenbedingungen entsprechend anpassen, damit der Sozialstaat in Zukunft überhaupt noch funktionieren und existieren kann. Was wurde den Österreichern letztes Jahr von den Willkommenskutschern alles vorgegaukelt. Hochqualifizierte Arbeitskräfte kommen, die den Facharbeitermangel kompensieren

werden. Nun wissen wir wer da gekommen ist. 95% der Afghanen und 75% der Syrer haben keine Berufsausbildung, sondern nur einen Pflichtschulabschluss. Dieser Pflichtschulabschluss im dortigen Bildungssystemniveau ist nicht mit unserem vergleichbar. Daher kommt in Wahrheit sogar eine hohe Anzahl an Analphabeten. Daher ist es aus freiheitlicher Sicht dringend notwendig, dass die Mindestsicherung für Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten auf die Grundversorgung – und das sind 520 Euro pro Monat – gekürzt wird.

FA fordert mehr Gerechtigkeit

Gerhard Knoll stellte einen Vergleich mit Österreichern her, die Jahrzehnte lang gearbeitet haben und nun 900 Euro Pension erhalten. „Asylberechtigte haben

noch keinen einzigen Cent ins Sozialsystem eingezahlt und sollen sofort die volle Mindestsicherung in Höhe von 914 Euro beziehen? Das ist eine Ungerechtigkeit, die zum Himmel stinkt“, brachte es Knoll auf den Punkt.

Mindestsicherung „beliebter“ als Lehre

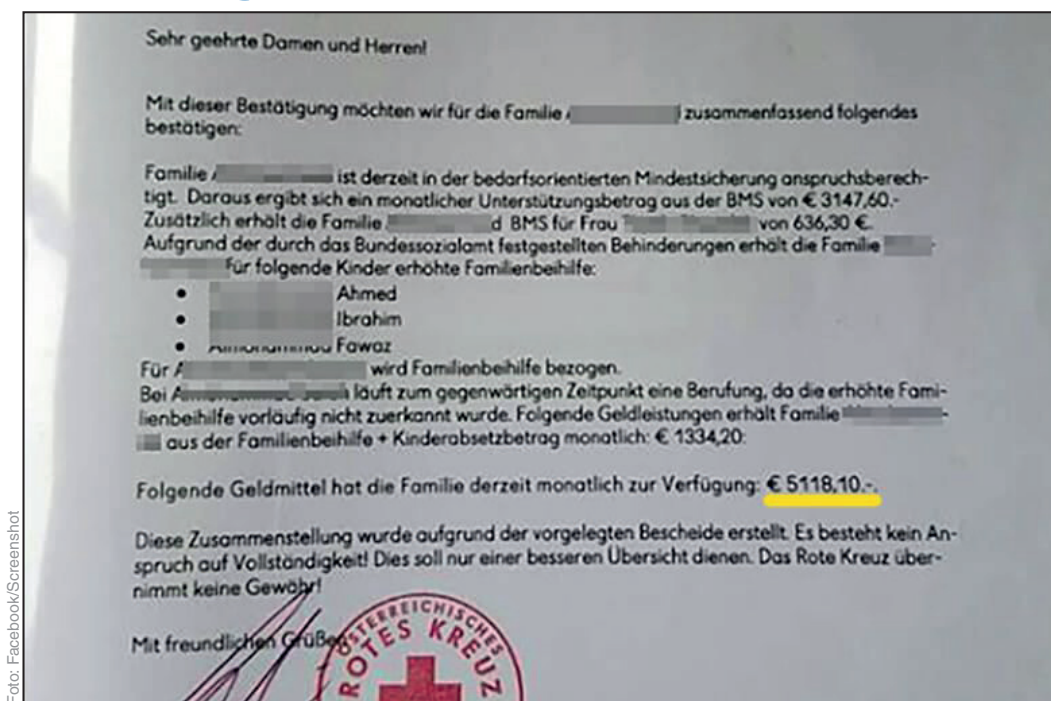
Auch die Tatsache, dass von Zuwanderern sogar Lehrstellen – also eine Be-

rufsausbildung – abgelehnt wird, weil eine Mindestsicherung höher ist als eine Lehrlingsentschädigung, konnte die linken Tagsträger in der AK nicht überzeugen. „Die FA wird sich weiterhin für die Leistungsträger, das sind aus unserer Sicht die arbeitenden Menschen, einsetzen“, gibt Gerhard Knoll unbeeindruckt die freiheitliche Marschrichtung vor.



Asylantenfamilie bekam Sozialleistungen in Rekordhöhe

Über 5.000 Euro an staatlichen Unterstützungen soll eine zehnköpfige Asylantenfamilie im Bezirk Steyr im Vorjahr bezogen haben. Das geht aus einem Schreiben des Roten Kreuzes hervor, das seit einigen Tagen im Internet kursiert. Nachdem das Rote Kreuz die Echtheit des Schreibens bestätigt hat, ist die Empörung vor allem in den sozialen Medien groß. Demnach erhielt die offenbar arabischstämmige Familie 2015 eine bedarfsorientierte Mindestsicherung in Höhe von 3.783,90 Euro monatlich. Hinzu kamen ein Kinderabsetzbetrag sowie eine erhöhte Familienbeihilfe von 1.334,20 Euro monatlich. In Summe standen der Familie also Geldmittel in Höhe von 5.118,10 Euro pro Monat zur Verfügung. Bei einem weiteren Familienmitglied lief eine Berufung, weil die erhöhte Familienhilfe nicht bewilligt wurde. FPÖ-Sicherheitslan-



desrat Elmar Podgorschek kann die Aufregung in der Bevölkerung ob derartiger Summen verstehen. „Auf keinen Fall darf es dazu kommen, dass Einzelne die

Mindestsicherung als Lebensmodell sehen und diese beziehen, obwohl sie noch nie in unser Sozialsystem einbezahlt haben. Die staatliche Unterstützung ist als Not-

fallsicherung in einer Ausnahmesituation gedacht und nicht als Recht, sich von der Allgemeinheit ein schönes Leben finanzieren zu lassen“, stellt Podgorschek klar.



„Österreich ist weder das Arbeitsamt der ganzen Welt, noch deren Sozialamt.“

Gerhard Knoll
Landesobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vorweg ein herzliches Dankeschön für das erneute Vertrauen bei der aktuellen Betriebsratswahl in unserem Grobblech. Ich freue mich, in den nächsten vier Jahren ein Teil unserer sieben-köpfigen Betriebsratsmannschaft zu sein. Leider verloren hat sich die Betriebsratskörperschaft, sie wurde um ein Mandat reduziert, da sich aufgrund der wirtschaftlichen Lage auch die Mitarbeiterzahl entsprechend verkleinerte.

Da sich die rote ehemalige Arbeiterpartei SPÖ immer mehr vom österreichischen Arbeiter entfernt und mittlerweile sogar der neue Kanzler trotz Rekordarbeitslosigkeit eine schnellstmögliche Arbeitserlaubnis für Asylwerber fordert, ist es umso wichtiger sich auch bei den Betriebsräten auf einen Richtungswechsel vorzubereiten.

Wir von den freiheitlichen und unabhängigen Arbeitnehmern setzen uns nicht nur unabhängig vom Parteibuch für unsere Leute ein, sondern sind auch offen für alle Art von Mitarbeit.

Für Fragen, Wünsche oder sonstige Anliegen bin ich immer für euch da 0664-88322942

Euer
BR Harald Haas

Impressum: Freiheitliche Arbeitnehmer ÖÖ,
Blütenstraße 21/1, 4040 Linz



Foto: reporter.co.at

Asylanten: Mit Stichproben-Tests zu Berufsabschlüssen

Laut aktuellen Arbeitsmarktzahlen ist jeder dritte Arbeitslose in Österreich ein Fremder. Während die Arbeitslosigkeit bei Inländern im Vormonat Mai gegenüber Mai 2015 minimal zurückgegangen ist, stieg die Zahl der beschäftigungslosen Ausländer im Vergleichszeitraum um 11.352 Personen an – ein Plus von 10,4 Prozent.

Aktuell teilen sich die 405.470 Arbeitslosen auf 284.977 Inländer und 120.493 Ausländer auf. Prozentuell sind bereits 29,1 Prozent der arbeitslosen Personen aus dem Ausland. Noch deutlicher fällt die Verteilung im Schulungsbereich aus. Von 71.081 AMS-Schulungsteilnehmern sind 25.517 Ausländer, also knapp 36 Prozent.

Berufsabschlüsse für Asylanten via „Stichprobentests“

In absehbarer Zeit könnte es noch zu einer weiteren Verschärfung am heimischen Arbeitsmarkt kommen. Denn

die Bundesregierung will Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten den Zugang zu einem Anerkennungsverfahren ohne

entsprechende Dokumente ermöglichen.

Konkret bedeutet das, dass Asylanten Berufs- oder Bildungsabschlüsse trotz fehlender Nachweise erhalten. Über die Verfahren zur Ermittlung der Qualifikation heißt es in einer Gesetzesvorlage der Regierung wörtlich:

„Geeignet erscheinende Verfahren können etwa praktische oder theoretische Prüfungen, Stichprobentests, Arbeitsproben sowie Gutachten von Sachverständigen sein. Die Auswahl des Verfahrens [...] liegt im Ermessen der zuständigen Behörde.“

Dazu kommt von der FPÖ ein klares Nein. „Diesem Privileg, ohne den Nachweis eines Berufs- oder Bildungsabschlusses eine staatlich anerkannte Qualifikation zu erhalten, kann man nur eine Absage erteilen“, sagt FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner.



Foto: FPÖ